



Adresse : auto-partei.ch, Postfach, 4622 Egerkingen
Tel. 062 398 38 38 Fax 062 398 48 48 Mail auto-partei@bluewin.ch

Das **INFO** ist ein **Informations-Bulletin** für alle Mitglieder der Partei.

Die Freiheits-Partei der Schweiz heisst neu: auto-partei.ch

Am Parteitag vom 24. Oktober 2009 in Herzogenbuchsee hat die Delegiertenversammlung über einen Antrag der Kantonalpartei Aargau beraten, die Parteibezeichnung wieder in Auto-Partei zu ändern. Das Präsidium hat vorgängig über den Antrag beraten und beschlossen, der Parteiversammlung als neue Bezeichnung auto-partei.ch vorzuschlagen. Der Parteitag beschloss ohne Gegenstimme, dieser Änderung der Parteibezeichnung zuzustimmen.

Die Freiheits-Partei der Schweiz heisst also neu auto-partei.ch.

Die neue Parteibezeichnung ist für alle Sektionen verbindlich. Diese werden angehalten, ihre Statuten entsprechend zu ändern und ab sofort nur noch den neuen Namen zu verwenden. Der Parteitag setzt damit ein starkes Zeichen für den bedingungslosen Einsatz zu Gunsten der freien Mobilität und der Unterstützung des motorisierten Privatverkehrs gegen Schikanen und Ausbeutung

2 x NEIN und 1 x JA zu den Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2009

NEIN zur Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr..

Der Bundesrat möchte, dass die Steuereinnahmen aus Treibstoffen des Luftverkehrs auch für Massnahmen im Luftverkehr und nicht mehr für den Strassenverkehr verwendet werden. Um dies zu verwirklichen, ist eine Änderung der Verfassung nötig, über die das Volk abzustimmen hat.

Der Bund erhebt auf Treibstoffen eine Steuer und einen Zuschlag, auch auf Flugtreibstoffen. Dieser Steuerpflicht unterstehen Inland- und Privatflüge, jedoch nicht kommerzielle Flüge ins Ausland. Diese Steuern generieren jährlich 40 Mio. Franken, welche neben den ca. 3 ¼ Mia. Franken, welche aus dem Strassenverkehr abgeschöpft werden, in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr.

Die auto-partei.ch ist der Ansicht, dass dieser verhältnismässig geringe Betrag von 40 Mio. Franken die Einrichtung einer Spezialfinanzierung nicht

rechtfertigen. Nachdem die ap die Interessen des motorisierten Strassenverkehrs wahren will, kann auch aus dieser Sicht der Vorlage nicht zugestimmt werden, denn die 40 Mio. Franken würden dann dem Strassenverkehr nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Frage der Ungleichbehandlung von Strassen- und Luftverkehr stellt sich nicht. Strassen- und öffentlicher Verkehr werden ebenfalls ungleich behandelt. So wurden nämlich gemäss Zusammenstellung im Vernehmlassungsbericht im Jahr 2008 von den rund 3,74 Milliarden Franken an zweckgebundenen Einnahmen lediglich etwa 1,48 Milliarden Franken bez. Knapp 40% für die ordentlichen Aufwendungen der Nationalstrassen und 523 Millionen Franken bzw. 14 Prozent für Hauptstrassen sowie kantonale Strassen verwendet. Die restlichen 1,74 Milliarden Franken wurden zugunsten des öffentlichen Verkehrs (öV) verwendet.

Heinz Wegmann

NEIN zum Verbot von Kriegsmaterial- Exporten

Die Initiative der linken GSoA will nicht nur den Export von Kriegsmaterial verbieten sondern auch die Durchfuhr von Rüstungsgütern durch unser Land. Die Initiative fordert ein Verbot auch von Dual-Use-Gütern, d.h. von Produkten, die militärisch und zivil eingesetzt werden können. Wie ist so eine Trennung möglich?

Bereits 1997 wurde eine ähnliche Initiative von den gleichen Linkskreisen eingereicht. 550 Unternehmen, mehr als 10 000 Arbeitsplätze werden durch die Linken gefährdet. Ein besonders Ruhmesblatt für die sich so um die Arbeitsplätze besorgt zeigenden Linken und den Gewerkschaften.

Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage ist meines Erachtens die mutwillige und grobfahrlässige Arbeitsplatzvernichtung direkt kriminell. Die Initiative ist ein Angriff auf die Exportindustrie. Der Ruf der Schweiz als guter, zuverlässiger Handelspartner würde stark angeschlagen, ja in Frage gestellt.

Bitte wenden

Bei Annahme der Initiative wird vielen Unternehmen die Existenzgrundlage entzogen. Der Standort Schweiz der Pilatusflugzeugwerke wird in Frage gestellt. Es sind meistens kleine und mittlere KMU-Unternehmen. Die Schweiz ist als Markt für wehrtechnische Güter zu klein. Die Produktionsbetriebe müssten schliessen oder ins Ausland dislozieren. Das Know-How der Schweizer Industrie ginge verloren. Der Technologiestandort Schweiz würde geschädigt, die wirtschaftliche und technologische Abhängigkeit vom Ausland nähme weiter zu.

In der Schweiz werden nur Defensiv- oder Verteidigungswaffen hergestellt. Auch alltägliche Produkte wie Geländefahrzeuge, Radar, Funktechnik, Düsenantriebe, Drohnen samt Mini- oder Mikrodrohnen, gewisse optische Produkte, Internet-Produkte und GPS-Artikel gehören dazu.

Der Export von Kriegsmaterial unterliegt in der Schweiz dem Kriegsmaterialgesetz und auch dem Güterkontrollgesetz. Diese Gesetze entsprechen in Auslegung, also im Umfang und in dem Standard von westlichen Staaten. Jedes Ausfuhrgesuch wird von den Behörden individuell und nach klaren Vorgaben beurteilt.

Die letzte ähnliche Abstimmung wurde mit über 75% wuchtig verworfen. Ich fordere die echten Schweizer auf mit einem ähnlichen Resultat die neue Initiative kräftig zu verwerfen.

Peter Commarmot

JA zum Minarett-Verbot

Mit einem Bau-Verbot für Minarette werden zwar keine akuten Probleme gelöst. Doch wird das Resultat der Volksabstimmung ein wesentliches Signal für die weitere Entwicklung des Islam in der Schweiz setzen. Bei einer Ablehnung der Initiative werden die Islamisten jubelnd und das Nein des Schweizervolkes als Freipass zum Bau von Minaretten interpretieren. So ist absehbar, dass in den nächsten Jahren Minarette wie Pilze aus dem Boden schießen werden.

Minarett kein religiöses Symbol

Ein Minarett ist kein religiöses Symbol, wie z.B. ein Kreuz. Es ist vielmehr eine „Machtdemonstration“: Es markiert sichtbare und dominierende Präsenz des Islam. Ein Bau-Verbot für Minarette kann also keine Einschränkung der Religionsfreiheit sein.

Erst das Minarett, dann der Muezzin

Ein Minarett ohne Muezzin ist wie eine Uhr ohne Zeiger. Früher oder später wird die Forderung laut, dass nach dem Bau eines Minaretts auch ein Muezzin seine Botschaft in den Tag und in die Nacht herausschreien darf. In Deutschland, im grenznahen Gebiet zur Schweiz, ist dies bereits der Fall.

Wollen wir den Islam?

Gemäss einem Artikel in der „Weltwoche“ hat sich die Zahl der Moslems in der Schweiz in den letzten 19 Jahren verzehnfacht. Wenn das so weiter geht, wird

diese Glaubensrichtung unsere Landeskirchen längerfristig an Stärke übertreffen. Mit allen Folgen, auch auf politischer Ebene. Wollen wir das? Will unser Bundesrat das? Wollen es die Linken, Grünen und Netten?

Toleranz bis zur Selbstaufgabe

An gewissen Schulen wird Schweizer Kindern das Tragen von roten T-Shirts mit dem weissen Kreuz verboten. Aus Rücksicht auf fremde Kulturen. Der Religionsunterricht wird abgeschafft. Aus Rücksicht auf fremde Kulturen. Das Kreuz als christliches Symbol wird da und dort von der Wand genommen. Aus Rücksicht auf fremde Kulturen. Die Liste solcher Beispiele der Schweizerischen Toleranz, oder soll ich besser sagen, Dummheit, lässt sich beliebig verlängern. Die Rücksicht und Toleranz gegenüber fremden Kulturen geht bis zur Selbstaufgabe.

In arabischen Ländern, wie z.B. Saudi-Arabien, ist der Bau von christlichen Gotteshäusern schlicht verboten. Andere Staaten lassen solche zwar zu, aber nur, wenn die christliche Kirche von aussen nicht erkennbar ist. Aber in der Schweiz werden Moscheen errichtet.

Welche Kultur wollen wir?

Es ist allgemein bekannt, dass in fremden Kulturen in wesentlichen Punkten Unterschiede zu unserer abendländischen Kultur bestehen. Die Naivität gewisser „Eidgenossen“, zu glauben, eine multikulturelle Gesellschaft könne funktionieren, ist erschreckend. Die Geschichte der Menschheit belegt eindrücklich, dass noch jedes Volk untergegangen ist, welches die Einwanderung fremder Kulturen nicht stoppen konnte. Die Frage stellt sich, ob wir Schweizer in der Mehrheit wirklich so dumm sind, unser Selbstverständnis, unsere ethischen Werte und unsere Kultur wissentlich und vorsätzlich aufs Spiel setzen. Darum geht es am 29. November 2009; um nicht mehr und nicht weniger.

Darum, liebe Mitglieder der auto-partei.ch: Legen Sie mit Überzeugung ein „**JA**“ gegen den Bau von Minaretten in die Urne.

Jürg Scherrer
Ehrenpräsident auto-partei.ch

AP – Kantonalpartei Bern

NEIN zum Stimmrechtsalter 16

Die Mitgliederversammlung vom 24. August 2009 in Biel der auto-partei.ch des Kantons Bern empfiehlt einstimmig die **NEIN-Parole** zur kantonalen Abstimmung zum Stimmrechtsalter 16.

Das Mündigkeitsalter beträgt 18 Jahre, das Strafmündigkeitsalter sogar 19 Jahre. Ein Stimmrechtsalter 16 findet die Mitgliederversammlung verfehlt.